

08.10.2019 - Polnische Presseschau 135, 20./21.06.2019

Linkes Bündnis

Gazeta Wyborcza

"Wir gewinnen gegen PiS, wir holen die Wähler!" sagte der Vertreter der SLD auf die Frage, mit welchem Ergebnis die vereinigte Linke bei den Parlamentswahlen rechnen würde.

Robert Biedron ? Wiosna (Frühling), Włodzimierz Czarzasty ? SLD (Bündnis Demokratischer Linker) und Adrian Zandberg ? Razem (Gemeinsam) verkündeten am Freitag, dass sie sich auf eine gemeinsame linke Liste geeinigt haben. Dies war die Reaktion auf die Ansage der PO (Bürger Plattform) vom Donnerstag, dass sie gemeinsam mit der ultraliberalen Nowoczesna und mit Bürgerbündnissen starten würde, jedoch nicht mit der SLD.

Biedron für die Wiosna meinte: "Das ist ein großer Schritt für die polnische Linke und ein noch größerer für die polnische Demokratie. Die Linke gewinnt, wenn sie vereinigt ist".

Dies ist eine Illusion, denn wie die letzten Parlamentswahlen zeigten, ist die Linke zum ersten Mal nach 1989 nicht in das Parlament gekommen. Razem erhielt 3,6% und die SLD in Koalition mit Twoj Ruch (Deine Bewegung) erhielt 7,55%. *(In "Twoj Ruch" hatten sich seinerzeit linke Parteien ? wie die PPP Polnische Partei der Arbeit ? und Gruppierungen begeben und verschwanden von der Bildfläche)*

Biedron gab bekannt, dass ab Montag in jeder Woiwodschaft bei einer Pressekonferenz das jeweilige Team vorgestellt wird. Zandberg verkündete, dass ab Samstag der gemeinsame Stab tagen wird, der das Programm festlegen wird, denn alle wollen einen modernen und gerechten Staat. Czarzasty rief alle linken Bewegungen und Organisationen auf an dieser Aufgabe teilzunehmen.

Es ist noch nicht klar, ob diese drei Gruppierungen als ein Wahlkomitee antritt, dann sind 5% ? oder aber als Koalition ? dann sind 8% für den Einzug in das Parlament erforderlich.

So ganz eindeutig sind die Bündnisse jenseits der PiS nicht. So ist die "linke" Initiative Polen der Barbara Nowacka bei der PO und meint ihre Forderungen seien in das Programm der PO eingegangen.

Die PSL (Bauernpartei) geht allein in die Wahl, denn ursprünglich war die Absicht mit der PO zu koalieren, aber da waren noch die SLD und die Wiosna im Boot und mit den Postkommunisten wollte die PSL nicht koalieren. Die PO lässt jeden 5. Platz ihrer Liste für Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen offen.

Linke wollen an die Macht ? ein Kommentar

Przegląd, 29.7.2019

Die Linke will ein Zeichen gegen die rechte neoliberale PO und die konservative rechte PiS setzen. Sie bewegt sich jetzt in einer breiten Aufstellung, es ist keine große Vereinigung, sondern ist pragmatisch aus der Notwendigkeit heraus entstanden. Die Linke war schon immer recht vielfältig und so ist zu hoffen, dass aus diesem Spektrum viele Wähler bei einer der wichtigsten Wahlen nach der Transformation in Polen an die Urnen gehen werden.

Dieser Zusammenschluss der SLD neben Razem, Wiosna neben (dem alten Schlachtross) Ikonowicz, die PPS (Polnische Sozialistische Partei) neben anderen Gruppierungen ist keine ideale Lösung. Aber es ist an der Zeit eine Alternative zur Stagnation des kirchlich ? nationalistischen ? kapitalistischen Polens zu bieten. Denn wenn sich da nichts ändert, wird es nur noch schrecklicher, hoffnungsloser und gefährlicher für das Land an der Weichsel bestellt sein. Illusionen sollte sich niemand machen, aber Hoffnungen, dass ein anderer Staat, andere Schulen, eine andere Polizei, andere Steuern, andere Kliniken und andere öffentliche Medien sich entwickeln werden.

Andere Kommentatoren machen aber auch darauf aufmerksam, dass die SLD ein Ballast in diesem Bündnis darstellt. In ihrer Regierungszeit hat sie das Gegenteil von linken Positionen vertreten. Was bei so manchen Wählern Bauchschmerzen hervor rufen wird. Aus geschichtlichen Gründen als alte Partei verfügt sie gegenüber den jungen Parteien über eine bessere Infrastruktur und solide Finanzen.

Der Ruf nach einer Linken

Polityka, 31.7.2019

Diese drei Parteien trennt viel, wenn sie sich jedoch nicht zerstreiten, könnte eine Linke wieder in den Sejm einziehen. Dieses Bündnis entstand, weil die Bürger Plattform kurzfristig entschied ohne der SLD, wie zur Europawahl, in den Wahlkampf zu ziehen. Die deklarierte Freundschaft der Anführer dieser drei Parteien ist noch recht neu. Zandberg von Razem über die SLD: *"Hinter der hölzernen spanischen Wand verbirgt sich der Apparat der SLD mit wenig vertrauenswürdigen Leuten"* Und seine Kollegen auch von der SLD zu dem beabsichtigten Bündnis: "Das was Biedron (Wiosna) von sich gibt ist der Anfang vom Ende des Populismus". Schließlich hat Wiosna erst kürzlich ihre linke Seite entdeckt, ihr Hauptwort war "progressiv". Es bedarf also einer großen Toleranz der Parteiführer, aber auch an der Basis. Schließlich wollte Czarzasty die SLD im Bündnis mit der neoliberalen PO (Bürger Plattform) wie zu den Europawahlen belassen. Dafür bekamen die SLD 5 der 22 Sitze, die dieses Bündnis errungen hatte. Die anderen Parteien fragen sich, ob evtl. die SLD ihre alten Kader aus Zeiten der Polnischen Volksrepublik in die Listen bringt. Überhaupt wird es die Verteilung der Kandidaten auf den Wahllisten sein. Ein Vertreter von Razem fragt sich auch, ob nicht von Wiosna ein Kandidat mit einem roten Audi vorfährt und das Bündnis kompromittiert.

Es ist noch nicht klar in welcher Formation sie starten werden. Als Koalition erhalten sie ihre Autonomie, brauchen aber 8% der Stimmen, um in den Sejm zu kommen. Hier hat die SLD ein Trauma, weil sie 2015 als Koalition mit 7,55% nicht ins Parlament kamen. Außerdem scheinen sie sich zu erhoffen unter ihrem Schild die anderen beiden starten zu lassen mit dem Versprechen beim Sieg später eine neue Linke zu bilden. Bei den anderen Partnern scheint dies auf keine Gegenliebe zu stoßen. Während die SLD Fragen der sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen will, sind es bei den anderen beiden Parteien Fragen der Weltanschauung und der Minderheiten (LGBT). Es wird sich auch noch zeigen was die anderen Gruppierungen bzw. Parteien ? wie die Unia Pracy, Polnische Sozialistische Partei (PPS) ? machen werden, die sich offenbar mit dem Gedanken tragen dem Bündnis beizutreten.

CDU Generalsekretär wirbt bei PiS für von der Leyen

Wyborcza.pl, 16.7.2019

Die CDU gibt keine Informationen darüber, dass ihr Generalsekretär, der ein gebürtige Pole ist, bei Kaczyński war, um für die Stimmen der 26 PiS Europaparlamentarier zu

werben. Jedoch erklärte Präses Kaczynski bei einer Veranstaltung sein Zuspätkommen: "Wir haben ? hoffentlich nur eine kleine ? Krise in der EU, und darüber muss man mit Gesandten sprechen. Und deswegen konnte ich nicht hier sein."

Offensichtlich ging es darum, dass die Sprachkenntnisse von Paul Ziemiak die Unterredung erleichtern sollten, denn Kaczynski spricht keine Fremdsprachen. Es kam wohl auch bei den Gesprächen zu Missverständnissen, denn der Präses hatte wohl gedacht es ginge um einen Kuhhandel und er könne für die ehemalige Ministerpräsidentin Szydlo einen Posten herausschlagen. Kaczynski scheint sich nicht im klaren darüber zu sein, dass nicht der Generalsekretär der CDU das Sagen hat. Szydlo hat als Regierungschefin viele Zeichen gegen die EU gesetzt und fiel im EU Parlament durch und hat weiter keine Chancen. Auch wird dementiert, dass Merkel sich bei Morawiecki dafür entschuldigt hätte. Nach Ansicht von Insidern besteht die Hoffnung, dass die PiS doch nicht von der Leyen unterstützt, weil das für diese ein Ballast wäre. *Nun aber hat sie die Last...*

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article196912137/Paul-Ziemiak-warb-bei-Jaroslav-Kaczynski-fuer-Ursula-von-der-Leyen.html>

PiS mit Patriotismus auf den Lippen und Recht in ihrem Namen

Wyborcza.pl, 20.7.2019

Aus einem Interview mit Zygmunt Frankiewicz (parteilos), dem Bürgermeister von Gliwice (Gleiwitz), der es seit 1993 ist und mit 72% die letzten Wahlen gewonnen hat.

Nachdem die Regierung Richter, Ärzte, Behinderte und Lehrer als ihre Feinde ausmachte, sind es jetzt die Kommunalpolitiker, indem gesagt wird, dass sie der Regierung unterstellt sind, dabei ist eine Dezentralisierung in der Verfassung verankert. Die PiS fürchtet offensichtlich das Engagement auf kommunaler Ebene, denn dort entsteht ein Vertrauensverhältnis. Die Wahlen stehen bevor und sie reagieren hysterisch. So werden die Steuern für die Kommunen im laufenden Haushaltsjahr beschnitten und das heißt für Gliwice 40 Millionen Verlust. Hier stellt sich die PiS über den Staat und seine Interessen, um die Wahlen zu gewinnen. In Gliwice wird eine städtische Klinik gebaut, die 2024 fertig werden soll. Bis dahin entsprechen die fehlenden Gelder im Haushalt der Stadt dem Wert dieses Krankenhauses. Eine andere Sache ist das Programm 500+. Zunächst bekamen die Kommunen 2%, um die Zahlung zu leisten. Aber

dann wurden die Gelder gestrichen. Das ist Betrug durch die Regierung, die große Wahlgeschenke macht und die Kommunen müssen zusätzlich dafür große Ausgaben bewältigen und ? ihnen ist verboten dies öffentlich zu machen. Auch für die Angestellten müssen sie zusätzlich aufkommen, denn niemand würde für den Lohn arbeiten, der unterhalb des Mindestlohnes liegt. Im nächsten Jahr werden wohl einige Städte und Gemeinden ? etwa ein Drittel davon ? nicht in der Lage sein ihren Haushalt zu finanzieren. Dies alles wird auf Kosten der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Investitionen gehen. Schulen, Kindergärten, der öffentliche Nahverkehr, Sportclubs werden darunter leiden. Der PiS geht es darum, dass alles in ihre Hand kommt, dass die Kommunen nur noch ihre Ausführungsorgane sind. Jetzt ist der Moment des Umbruchs, ähnlich wie vor 30 Jahren. "Wenn die Menschen mit einem wachen Bewusstsein, die verstehen um was es geht, sich nicht engagieren, könnten wir um Jahrzehnte zurückfallen", sagt der Bürgermeister von Gliwice.

Ombudsmann für Bürgerrechte Feind der PiS

Przeglad, 1.7.2019

Adam Bodnar, der diese Position innehat, ist nicht Staatsfeind Nr. 1 ? dort befindet sich Tusk ? aber doch an hervorragender Stelle. Dies verhilft ihm zu ständigen Attacken im öffentlich-rechtlichen PiS Fernsehen (TVP). Bodnar hatte die Polizei daran erinnert, dass auch ein Verdächtiger Rechte hat die einzuhalten sind. Ein des Mordes an einem Kind Verdächtiger wurde, ohne das er Widerstand leistete, von der Polizei brutal festgenommen, gefesselt und öffentlich in Unterhosen abgeführt. Obwohl keine Anklage erhoben war, wurde er namentlich von der Polizei genannt, sein Foto veröffentlicht und Profil in sozialen Medien veröffentlicht. Dort war sein Foto zu sehen mit schwarzen Hemd und der Aufschrift "Polnische Patrioten". Es darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, dass es bereits Fälle gab bei denen die Polizei auf brutale Weise Unschuldige verhaftete. Deshalb ist es wichtig bis zum Beweis der Schuld und auch darüber hinaus die Rechte zu achten.

Seit langer Zeit werden die jeweiligen Ombudsmänner und ? Frauen attackiert. Der Parlamentspräsident hat Bodnar aufgefordert sein Amt zur Verfügung zu stellen. Es geht eben nicht an, dass es da jemanden gibt, der die autoritäre Macht der PiS anprangert. Es gibt Menschen, die da meinen solch ein Staat im Ausnahmezustand, wie die PiS ihn haben will, würde seine Sicherheit erhöhen. Dabei ist ein Rechtssystem dazu da alle Fragen zu untersuchen und nicht aus dem Gefühl heraus die Sache zu erledigen. Ein

Rechtsstaat kann nicht Hass und Groll forcieren, um die Leute zu unterhalten? Um sie gefügig zu machen...

Faschismus wertvoller als die Gesundheit

www.krytykapolityczna.pl, 24.7.2019

Der Autor bezeichnet Faschismus als eine Ideologie, die sich von Hass und Gewalt leiten lässt, die Interessen des Kapitals schützt und imaginäre Feinde verfolgt, um so von der eigentlichen Gefahr, die sie selbst darstellen, abzulenken. Dafür führt er als Beispiele zwei Ereignisse auf: der Marsch für die Gleichheit in Bialystok und den Klimacamp. Der Klimacamp fand bei dem Braunkohletagebau bei Tomaszowice statt. Die Wege dorthin waren mit bis an die Zähne bewaffneten Hundertschaften der Polizei besetzt, die alle kontrollierte. Hier ging es um eine friedliche Demonstration. Wären ähnliche Kontrollen der Polizei auf den Straßen, die zum Marktplatz in Bialystok führten, hätten sie erkannt was für ein Mob sich zusammen rottet. So aber schützte die Polizei den Braunkohletagebau, der sich negativ auf das Klima auswirkt und akut den Bauern das Grundwasser entzieht und somit ihre Existenz bedroht. Also verteidigt die Regierung die Interessen des Kapitals und Leben und Gesundheit der polnischen Bürger ist zweitrangig. Es ist beschämend in einem Land zu leben, indem den Menschen eingebläut wird, dass es wichtig sei zu wissen ob da etwa ein Mann einen Mann oder Frau Frau liebt und nicht, dass alle Schaden nehmen durch eine verfehlte Klimapolitik, indem die Interessen der Unternehmen, die nicht einmal heute gültige Standards einhalten, geschützt werden. Aber die Menschen, die friedlich für die Gleichheit demonstrieren, die werden nicht geschützt und dem Mob überlassen.

Wer Hass sät wird Sturm ernten

studioopinii.pl, 21.7.2019

Die deutschen Medien haben mehr oder weniger ausführlich über die Ausschreitungen gegen die Teilnehmer an der Parade für Gleichheit (CSD) im nordöstlichen Białystok berichtet.

Der dortige Erzbischof hat im Vorfeld eine Erklärung verfasst, aus der hervorging, dass es nicht zuzulassen wäre, dass die Parade für Gleichheit in der Stadt abgehalten wird. Mit dieser "Unterstützung" des Bischofs haben Hooligans und biedere fromme Menschen

die Teilnehmer beschimpft, bespuckt, geschlagen und getreten. Nach einem Appell von Journalisten zeigte sich die Polizei erst bereit diese Demo zu schützen.

Prof. Stanislaw Obirek (Historiker und ehemaliger Jesuit) hat einen offenen Brief an Erzbischof Tadeusz Wojda veröffentlicht (onet.pl) indem er u. a. schreibt:

"Deine Worte fielen auf einen fruchtbaren Boden und dafür musst Du die Verantwortung übernehmen, so wie auch andere Deine Kollegen im Bischofsamt. Du kannst den Beginn der Veränderungen einleiten, wenn Du es willst und wenn ? ich wiederhole ? Du genügend Courage hast. Ich hoffe, dass es dazu kommt und Du in einer Reihe mit anderen Menschen guten Willens stehst, um deutlich zu machen ? es ist genug mit dem Hass. Die Mitra (Bischofsmütze) wird Dir nicht gleich vom Kopf fallen und Du gewinnst Achtung bei den Bürgern dieses Landes. Und Dein Chef, Papst Franziskus, wird stolz auf Dich sein. Die Ereignisse in Bialystok, also auf dem Gebiet Deiner Diözese, haben in mir eine große Trauer ausgelöst. Ich habe Deinen Aufruf, den Du am 7. Juli an Deine Gläubigen gerichtet hast, gelesen und mir war sofort klar, dass das nicht gut ausgehen kann".

Inzwischen hat Bischof Wojda eine Erklärung abgegeben, dass sein Aufruf missverstanden worden sei. Richtig sei es gewesen als Gegenpol zur Demo öffentlich im Gebet zu verharren. Ganz unchristlich sei es mit Gewalt und Hass aufeinander loszugehen...

Zwei frustrierte alte Männer als Brandstifter

studioopinii.pl, 2.8.2019

Wie ist es möglich, dass zwei einsame und frustrierte Männer ein Land zerstören, das seit 1989 versucht eine Demokratie zu errichten? Dabei ist ihrer beiden Rolle recht marginal. Ja sie können es, beide sind die grauen Eminenzen, der eine einer einflussreichen religiösen Organisation und der andere dirigiert als Hinterbänkler die regierende Partei. Jaroslaw Kaczynski und Marek Jedraszewski sind 1949 geboren und eigentlich schon Rentner. Kaczynski schaffte es nicht nur die Justiz und das Bildungswesen in den vier Jahren zu demolieren, sondern untergrub auch das Vertrauen in den Staat. Durch sein Misstrauen und indem er eine Gruppe gegen die andere aufhetzte, schaffte er es erfolgreich die gesamte Gesellschaft in einen Konflikt zu führen. Jedraszewski (Erzbischof von Krakau) schaffte die Kunst in die Kirche eine Sprache des

Hasses und der Ausgrenzung, wie es vorher nur Radio Maryja vermochte, einzuführen. Beide hatten früher schon viel Gemeinsamkeiten, wie z. B. die "Smolensker Religion" (*der Glaube an eine Verschwörung statt Flugzeugkatastrophe*) und stürzen sich jetzt in die Kampagnen gegen die LGBT. Sie haben zwar davon keine Ahnung, das hält sie aber nicht davon ab voller Überzeugung zu dem Thema Aussagen zu machen. In der Wyborcza hieß es "Exotische Koalition gegen LGBT in Polen: religiöse Radikale, extreme Rechte, Russland und PiS". Diese Hetze führte bis zum 18. Februar d. J. ein Nischendasein. An dem Tag unterschrieb der Präsident der Stadt Warschau ein Dokument zur Toleranz (der LGBT). Am Parteitag 9. März nahm sich Kaczynski des Themas an. Jedraszewski predigte in Czestochowa über die Gefahr und legte noch eines drauf, als er in der Marienkirche predigte: "Die rote Seuche haben wir von der Erde verbannt. Das heißt aber nicht, dass es keine neue gäbe, die unsere Seele, unsere Gedanken und Herzen beherrschen möchte, die neue Seuche hat die Farbe des Regenbogens!" Dies sagte er nach Bialystok als der dortige Erzbischof Wojda erfolgreich die Hooligans und Banditen anheizte die "katholischen Werte zu verteidigen". Beide Bischöfe wurden von Papst Franziskus ernannt...

Sollte nun abgewartet werden, was einst die Geschichtsschreibung zu der Rolle der beiden Herren, die Staat und Kirche vernichten, sagen wird? Es muss alles getan werden, um ihre totalitären und antidemokratischen Praktiken zu demaskieren. Jede Gelegenheit muss genutzt werden, um reale Alternativen aufzuzeigen für ein tolerantes und demokratisches Polen und einem offenem und freundschaftlichen Katholizismus gegenüber allen, auch den sexuellen Minderheiten.

Geschichte der Restaurierung des Kapitalismus in Polen

Le Monde Diplomatique, Mai/Juni 2019

Am 4. Juni wurde des 30. Jahrestages des ersten fast freien Wahlen gedacht (*die Regierung hatte dem Runden Tisch 1/3 der Mandate im Parlament zugesagt*). Bei den Feierlichkeiten wurde über alle Errungenschaften, die die Demokratie mit sich brachte, gesprochen. Nicht gesprochen wurde über den Kapitalismus. Niemand hatte ihn gewählt oder in Erwägung gezogen. Aber er ist in seiner neoliberalen Form durch die Regierung etabliert worden. Anstatt über eine abstrakte Transformation des Systems zu sprechen, sollte ehrlicherweise über die Restauration des Kapitalismus gesprochen werden. Dies erlaubt dann auch konkret über die Defizite, zu denen es in den 30 Jahren kam, zu sprechen und in der Konsequenz erklärt es auch, wie die nationalistischen Rechten an

die Macht gelangten. Die eigentliche Feier der Demokratie fand in Polen zwischen dem August 1980 und dem Dezember 1981 statt. Nicht ohne Grund kam es zu einer Rebellion der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Diktatur. Während in den anderen Ländern Massenproteste zu einer Umgestaltung führten, kam es in Polen durch die Oppositionsführer zu einer Unterdrückung der großen Streikwelle im Sommer 1988. Wichtig war es für die führenden Kräfte, dass die Akkumulierung des Kapitals stattfindet. Sogleich fanden sich Kräfte, die die Reprivatisierung anstrebten, allen voran die Rechten und die Kirche. Dagegen gab es 1991-93 eine große Streikwelle, die schließlich die post ? solidarnosc Regierungen ablöste und die postkommunistische SLD an die Macht brachte. Diese Massenproteste bewirkten jedoch, dass es in Polen nicht zu einem Oligarchen ? System wie in Russland kam. Jedoch hat die Privatisierung auch des Gemeinguts dazu geführt, dass die Arbeiterklasse enteignet wurde. (*nicht zu vergessen die Geldpolitik alá Balcerowicz, die die Menschen um ihr Erspartes brachte*) Dies wurde über Jahre den Menschen als unumgängliche Kosten der Transformation verkauft. Es brachte eine Ungleichheit hervor: Massenarmut ? 59% unterhalb des sozialen Minimums 2003, zweistellige Arbeitslosigkeit über zwei Jahrzehnte und jetzt eine Prekarisierung in Form vom Billiglohnsektor. Dies führte zu politischen Konsequenzen und gipfelt augenblicklich in einer rechten Hegemonie auf der politischen und ideologischen Ebene. Dies alles war nur möglich durch einen undemokratischen Kurs der neoliberalen Reformierer, die Ökonomie und Soziales entpolitisiert haben und so der demokratischen Kontrolle entzogen haben. An die Stelle kam individuelle Leistung und Erfolg und die Solidarität der Klassen und der Gesellschaft wurde mit einem Feindbild versehen. Als dann für die untere Mittelschicht alle Hoffnungen durch die Krise und den globalen Kapitalismus verloren gingen, kam es zu einem wutentbrannten faschistischen Groll, einer Welle des Hasses auf die Demokratie und einer Verachtung der Schwächeren.

Ukrainer migrieren schneller als einst Polen nach England

Gazeta Wyborcza, 19.7.2019

2017 hat Polen 683.000 Aufenthaltserlaubnis Bürgern von außerhalb der EU erteilt, darunter 585.000 Ukrainern. Dies bezieht sich auf jede Art von Aufenthaltsgenehmigungen, also auch Visa für 3 Monate. Dabei haben 87,7% der Ukrainer dies im Zusammenhang mit einer Arbeitserlaubnis erhalten. Die Gründe für die Einreise sind unterschiedlich. Bei den 193.000 Chinesen geht es vorwiegend um eine Qualifizierung, 108.000 Marokkaner wollen zu ihren Familien, 87.000 Afghanen und 223.000 Syrer sind vor den Kriegen geflüchtet.

In der Ukraine leben 35 Millionen Menschen im produktiven Alter, das hieße, dass 1,6% der ukrainischen Bevölkerung in Polen Aufenthaltserlaubnis erhalten hat. Die größte Anzahl der Ukrainer in Polen ist in einem Alter von 20-39 Jahren. Im Augenblick leben im Vergleich dazu 900.000 Polen in Großbritannien. Seit Juni 2018 brauchen die Ukrainer kein Visum für Polen, in dem Fall dürfen Arbeit sie aufnehmen, aber maximal 90 Tage bleiben. Das bedeutet aber, das eine genaue Anzahl, der in Polen lebenden und arbeitenden Ukrainer, nicht präzise genannt und erfasst werden kann.

Datum der Erstellung: 4.8.2019